

Presse  
23.06.10 15:37

## **In der Krise der Raumes**

Kategorie: Presse  
Von: siegert

### **Allianz kritisiert Vorgehen der DB beim Raumordnungsverfahren zur Schienen-Hinterlandanbindung Lübeck – Puttgarden**

Cismar -- Das am Dienstag vom Land Schleswig-Holstein mit einer so genannten "Antragskonferenz" eingeleitete Raumordnungsverfahren (ROV) war nach Auffassung der Allianz gegen eine feste Fehmarnbeltquerung formal und inhaltlich enttäuschend. Der um eine konstruktive Veranstaltung bemühte Ministerialrat Schlick aus dem Innenministerium wies zwar vorab darauf hin, dass bei einem ROV kein Rechtsanspruch für die Beteiligung der Öffentlichkeit bestehe. Wenn man aber eine öffentliche Veranstaltung mache, kritisiere die Allianz auch veraltete, bzw. fehlende, zur Vorbereitung jedoch zwingend erforderliche Vorabinformation zu Zielen und Untersuchungsumfängen der Vorhabenträgerin DB. "Das ist ein Versagen der Bahn. Ihr Vorgehen lässt befürchten, dass Transparenz und öffentliche Beteiligung lediglich als Feigenblatt fungieren. Es scheint, als sollten eher die Grundlagen geschaffen werden, um im Sinne von Land und Bund Rechtssicherheit für das Planfeststellungsverfahren zu bekommen und weniger, um die Bürger vor den möglichen Kollateralschäden des Güterverkehrs zu schützen", so Ninnemann. Er fordert angesichts der von der Bahn halbierten Verkehrsprognosen jetzt eine solide Wirtschaftlichkeitsanalyse. Diese könnte auch Verhandlungen mit Dänemark über die Auflösung des Staatsvertrages nach Artikel 22 nach sich ziehen.

Denn angesichts der niedrigen Prognosen sei auch die eigentliche Absicht der DB Projektbau deutlich geworden. Ihr Mitarbeiter Bernd Homfeld verquickte mehrfach die Begriffe "Bestandstrasse" und "Wirtschaftlichkeit". Nach Auffassung der Allianz sollte spätestens nach dieser Veranstaltung jedem Bürgermeister und jedem betroffenen Bürger endgültig klar sein, dass auf Basis der ins Groteske runtergerechneten Güterzugzahlen so billig wie möglich und mit so wenig Lärmschutz wie nötig die Bäderstrecke elektrifiziert werden solle. "Dass die Zahlen gerade jetzt auftauchen, hat doch System und war mit Sicherheit schon länger bekannt. Das Vorgehen von Bundes- und Landespolitik sowie der DB lassen bei engagierten und kritischen Menschen die Alarmglocken schrillen", meint Malte Siegert, Sprecher des Aktionsbündnisses Fehmarn und der Allianz.

Jedes Jahr fehlten dem Bundesverkehrswegeplan rund 600 Millionen für Projekte, die bereits beschlossen und im vordringlichen Bedarf enthalten sind. Dazu gehörten weder die Hinterlandanbindung der festen Fehmarnbeltquerung noch die ebenfalls zur Eisenbahnachse Fehmarnbelt (TEN-Projekt Nr. 20) zugehörige so genannte Ypsilon-Trasse zwischen Hannover/Bremen und Hamburg. "Festzustellen ist, dass es keine Finanzierung für große Teile von Europas angeblich größtem Verkehrsprojekt gibt. Wird auf Biegen und Brechen der Staatsvertrag eingehalten, muss Ramsauer wichtigere Projekte in Deutschland einstampfen. Man darf gespannt schauen, welcher Ministerpräsident sich das gefallen lassen wird", so Ulrike Pennings von der Bürgerinitiative Bad Schwartau. Die besonders betroffenen Gemeinden Bad Schwartau, Timmendorf und Ratekau fürchten, dass der Bund genau aus diesem Grund sparen muss. "Auf Kosten der Region darf das nicht gehen. Deswegen sagen wir aus ökologischen und ökonomischen Gründen grundsätzlich NEIN zur Fehmarnbeltquerung", so Kerstin Fischer von der Umweltinitiative Ratekau.